

47. **JU** NRW-Tag

**RAUS AUS DEN  
Schulden!**



## **Industriepolitik in NRW!**

**Ein Plädoyer für Arbeitsplätze, Forschung und Vernunft**

**Beschluss des Antrages zum 47. NRW-Tag  
am 24. und 25. November 2012 in Bocholt**

## 1. Ausgangslage

Nordrhein-Westfalen ist seit der industriellen Revolution die wirtschaftliche Herzkammer Europas. Trotz des Zurückgehens der Kohle- und Stahlindustrie gegen Ende des 20. Jahrhunderts, gibt es auch heute noch eine Vielzahl von Industrieunternehmen im produzierenden Gewerbe. So sind ca. 17.000 Industrie- und Handwerksbetriebe<sup>1</sup> mit ca. 1,5 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten heute noch in NRW vorhanden. Knapp 9700 dieser Unternehmen haben mehr als 20 sozialversicherungspflichtig beschäftigte Mitarbeiter<sup>2</sup>.

Damit sind knapp 25% der in NRW sozialversicherungspflichtig arbeitenden Menschen direkt in diesem Wirtschaftszweig tätig.<sup>3</sup> Eine Vielzahl weiterer Arbeitsplätze sind indirekt als Zulieferer oder Dienstleister von der Industrie in NRW abhängig. Die Industrie in NRW stellt somit einen zentralen Wirtschaftsfaktor dar.

Mit kleinen, mittleren und großen Betrieben von der metallverarbeitenden Branche über den Chemiekonzern bis zum Textilgewerbe oder Nahrungsmittelgewerbe ist der Mix der Unternehmen in der nordrhein-westfälischen Industrie breit gefächert, extrem wettbewerbsfähig und damit gut aufgestellt. Dieser gesunde Branchenmix, dem kleine Betriebe wie internationale Konzerne angehören stellt einen wirksamen Schutz gegen Konjunkturanfälligkeit und Abhängigkeit von einzelnen Branchen dar und verschafft dem Standort NRW eine gute Stellung im internationalen Wettbewerb. Die hohe Anzahl gut ausgebildeter Arbeitnehmer, die Innovationskraft zahlreicher Universitäten und Fachhochschulen vor allem aber die zentrale Lage im Herzen Europas machen NRW grundsätzlich zu einem idealen Investitionsstandort mit hoher Wettbewerbsfähigkeit.

Neben den Arbeitsplätzen und den generierten Steuereinnahmen könnten Unternehmen in NRW ein noch höherer Garant für Innovationskraft und Forschung sein und durch Entwicklungen im Bereich von Chemie, Umwelttechnik und Energie, aber auch im

---

<sup>1</sup> Industrie = verarbeitendes Gewerbe, am Ende steht immer ein neues Produkt, häufige Überschneidung mit dem Begriff „Handwerk“

<sup>2</sup> Quelle: IT.NRW, Statistik für 2011, Stichtag 30.06.2011  
<http://www.it.nrw.de/statistik/j/daten/eckdaten/r521verarb-gewerbe1.html>

<sup>3</sup> Quelle: IT.NRW, Statistik für 2011, Stichtag 30.06.2011  
<http://www.it.nrw.de/statistik/b/daten/eckdaten/r543sba.html>

Fahrzeug- und Maschinenbau oder der Medikamentenforschung höhere Potentiale ausschöpfen und so zu einer noch besseren wirtschaftlichen Entwicklung beitragen.

Industriebetriebe und verarbeitendes Gewerbe sind aus NRW nicht weg zu denken und nehmen schon immer eine herausragende Stellung im Wirtschafts- und auch Gesellschaftsgefüge des Wirtschaftsraumes wahr.

Dennoch wird NRW seit nunmehr über 2 Jahren diesem Anspruch nicht mehr gerecht! Die Rot-Grüne Landesregierung behandelt die Industrie- und Infrastrukturpolitik so stiefmütterlich, dass die Betriebe ihr wirtschaftliches Potential nicht voll entfalten können, weniger Arbeitsplätze und auch weniger Steuereinnahmen entstehen. NRW bleibt hinter seinen Möglichkeiten zurück!

Wirtschaft und Unternehmen sind kein Selbstzweck. Natürlich hat die Wirtschaft eine dienende Funktion gegenüber den Menschen. Daher ist es richtig, dass auf Nachhaltigkeit, fairen Wettbewerb und Arbeitnehmer geachtet wird. Der Mensch steht im Mittelpunkt der Politik. Für eine moderne und industrialisierte Gesellschaft sind Arbeitsplätze neben der Herstellung von Gütern und der Steigerung des Bruttoinlandsprodukts aber auch als Ort der Selbstverwirklichung, der Innovation und der Kommunikation von entscheidender Bedeutung. Damit dies weiterhin auch in NRW so bleibt, müssen die Rahmenbedingungen für alle Beteiligten stimmen.

## **2. Konkrete Probleme**

In den letzten Jahren ist gerade hier vieles versäumt worden. Wichtige Infrastrukturmaßnahmen wie der Ausbau der Verkehrswege als Lebensadern der Wirtschaft, emissionseinsparende Bauprojekte wie das Steinkohlekraftwerk in Datteln oder andere Vorhaben der Unternehmen wie die CO-Pipeline zwischen Krefeld und Dormagen werden stiefmütterlich behandelt oder an die Gerichte verwiesen.

Durch eine Fokussierung auf die Belange von Interessengruppen, Anliegern und Lobbyorganisationen werden immer strengere Regeln und Vorschriften geschaffen so wie einem generellen Misstrauen gegenüber Innovation, Veränderung und Fortschritt Vorschub geleistet. Leuchtturmprojekte und Großvorhaben werden verhindert, die Innovationskraft und Investitionsbereitschaft vieler Unternehmen gebremst oder eingeschränkt.

Durch das Schüren von Ängsten bei den Bürgern werden Konflikte zwischen den Unternehmen und den Bürgern geschaffen. Der "Wutbürger" wird zum Ideal stilisiert, das NIMBY-Phänomen (Not in my Backyard) als Einzelinteresse erhält ein höheres Gewicht als die volkswirtschaftliche oder umweltpolitische Sinnhaftigkeit eines Projektes. Dadurch wird die Ansiedlung gerade neuer Betriebe im Bereich der Industrie immer schwieriger. Durch die mediale Wirkung wird es der Politik immer schwerer gemacht die Argumente und Gründe für eine Standortentscheidung zu verdeutlichen.

Die Ansiedlung neuer Betriebe im produzierenden und verarbeitenden Gewerbe ist immer auch mit Emissionen durch Bautätigkeit und Produktion verbunden und führt in der Regel auch zu einem Flächenverbrauch so wie Beeinträchtigungen von Mensch und Natur. Demgegenüber bedeutet Ansiedlung und Erweiterung aber auch stets höhere Potentiale in Form von neuen Ausbildungs- und Arbeitsplätzen, Steuereinnahmen sowie mittelbar Investitionen in Forschung und Bildung. Vielfach werden durch den Innovationssprung auch Eingriffe in Natur und Leben in der Bilanz mehr als ausgeglichen.

Die derzeitige Landesregierung ist jedoch leider nicht mutig genug, sich zur Industrie und zur Forschung zu bekennen. Bündnis 90/ die Grünen aus ideologischen Gründen, die SPD, weil sie sich nicht gegen ihren kleineren Koalitionspartner durchsetzen kann.

Zwar werden Forderungen aufgestellt, welche Leistungen die Unternehmen zu erbringen haben, aber auf der anderen Seite sind diese bei Problemen bestenfalls auf sich allein gestellt, schlimmstenfalls werden sie blockiert oder medienwirksam von der Landespolitik bekämpft um bei lokalen Interessengruppen für sich zu gewinnen.

### **3. Unsere Forderungen**

Politik muss wieder den Mut haben, sich klar zu unseren Unternehmen in NRW zu bekennen. Wir verlangen viel von der Industrie und sind stolz auf die Leistungen, die von den Menschen hier in unserem Land erbracht werden. Diese Leistungen müssen sich aber auch lohnen, sonst ist der Standort NRW dauerhaft gefährdet. Wenn wichtige Vorhaben von der Landespolitik nicht beachtet werden oder allein den Gerichten überlassen werden, macht sich das Land als Partner der Industrie unglaubwürdig und Unternehmen haben kaum die Chance weitere Investitionen in NRW tätigen.

Zugleich muss die Industrie in NRW weiterhin für die Menschen da sein. Gerechte Löhne und faire Arbeitsbedingungen mit Investitionen in Bildung, Ausbildung und Forschung sind ein Teil dessen, was die Industrie dem Land und den Menschen anbieten muss, um auf Breite Akzeptanz zu stoßen. Dazu sind die Unternehmen nach unserer Überzeugung bereit. Partnerschaftlich und im Ausgleich der Interessen müssen Menschen, Unternehmen und Politik gemeinsam wieder daran arbeiten, dass NRW den Anschluss nicht verliert und auch im 21. Jahrhundert noch die wirtschaftliche aber lebenswerte Herzkammer Deutschlands bleibt. Daher fordert die Junge Union NRW:

### **1. Unterstützung der Unternehmen in NRW bei neuen Vorhaben**

Die Interessen der Bürger sowie der Anwohner müssen geschützt werden, dürfen aber nicht alleinigen Vorrang haben. Stattdessen muss die Politik als Mittler zwischen den Beteiligten tragfähige Kompromisse finden, die Akzeptanz in der Bevölkerung für Innovation, Wachstum und Entwicklung wieder wachsen lassen.

### **2. Vertrauen in die Unternehmen**

Im beginnenden Fachkräftemangel liegt es schon im Eigeninteresse der Betriebe, arbeitnehmerfreundlich zu sein. Steigende Rohstoffpreise treiben schon heute dazu nachhaltig zu wirtschaften, auf umweltfreundliche und energiesparende Technologien zu setzen, denn nur wer diese Faktoren berücksichtigt wird im Wettbewerb bestehen können. Staatliche Aufsicht und Kontrolle ist in vielen Bereichen richtig und notwendig, dürfen aber auch nicht eine erdrückende Wirkung haben und sind daher stets verhältnismäßig anzuwenden.

### **3. Vorfahrt für Forschung und Entwicklung**

Ein wichtiger Standortfaktor für die Industrie in NRW ist die Innovationskraft der Menschen an den Hochschulen und in den Unternehmen. Forschung muss sich immer an einigen ethischen und moralischen Grundwerten orientieren. Mit dem Grundgesetz nicht zu vereinende Forschung lehnen wir ab. In diesem Rahmen müssen Potentiale beispielsweise der Gentechnik aber erforscht und bei Erfolg in die Umsetzung gebracht werden. Dasselbe gilt z.B. für die Medikamentenforschung an Tieren.

#### **4. Mut zu Entscheidungen auch für Großprojekte**

Die Bedeutung und Sinnhaftigkeit großer Infrastrukturprojekte darf nicht nur mit einem lokalen Fokus an den Interessen Einzelner gemessen werden. Die Beispiele des Kraftwerks in Datteln und der CO-Pipeline zeigen, dass die Politik wieder den Mut haben muss, sich bewusst auch für große Projekte zu entscheiden. Bei der Beteiligung von Bürgern sind daher nicht nur lokale sondern auch regionale, landes- und bundespolitische Aspekte zu berücksichtigen.

#### **5. Infrastruktur**

Der Ausbau und die Instandhaltung von Infrastruktur ist eine der originären staatlichen und kommunalen Aufgaben. Eine gute Infrastruktur, funktionierende Verkehrswege, Flughäfen und eine gesicherte, bezahlbare Energieversorgung sind für Unternehmen heute wichtige Standortfaktoren und für die Menschen Bausteine der Lebensqualität.

Die Junge Union NRW setzt sich daher für Fortschritt und Vertrauen in die industrielle und wirtschaftliche Entwicklung ein. Die Landesregierung fordern wir auf, ein klares Bekenntnis zur Industrie in NRW abzugeben.

Wir wollen in den kommenden Jahren als junge Generation den Dialog zu den Unternehmen und den Menschen suchen, Probleme gemeinsam erkennen und an ihnen arbeiten. Ein starker Industriestandort NRW liegt in unser aller Interesse.